



Pressemitteilung

Aldenhoven, den 05.01.2015

Strafanzeige gegen Bürgermeister Ralf Claßen Werte Genossen, ist das Euer Ernst?

Noch vor Wochen bestand Einigkeit und Schulterschluss zwischen den Parteien im Aldenhovener Gemeinderat, der Verwaltung und dem Bürgermeister um gemeinsam gegen eine den Bürgern unzumutbare Steuerbelastung vorzugehen.

Lange hat diese Gemeinsamkeit nicht gehalten! Mit großem Erstaunen und gleichzeitig mit Entsetzen haben wir als CDU Aldenhoven heute die Initiative einiger SPD-Kollegen zur Kenntnis genommen.

Diese haben offenbar beschlossen, die gemeinsame Front in der Gemeinde Aldenhoven, zu verlassen. Diese gemeinsame Front hatten wir einvernehmlich im Sinne der Aldenhovener Bürgerinnen und Bürger abgestimmt und gebildet, um die Interessen unserer Gemeinde Aldenhoven nach außen hin gemeinsam und stark zu vertreten.

Damit erfüllten wir auch den Wunsch von rund 3.200 Bürgerinnen und Bürgern, die sich u. a. auf Initiative von Bürgermeister Ralf Claßen gegen die durch die Landesregierung gesetzlich geforderte Anhebung der Grundsteuer ausgesprochen haben. Nun werden diese gemeinsamen Interessen und das gemeinsame Ziel verraten - offenkundig aus Parteiräson, um der Landesregierung im Landtagswahlkampf nicht zu schaden. Einer Landesregierung, die uns als "Verliererkommune" bezeichnet hat. Einer Landesregierung, deren Stärkungspaktgesetz und deren Bevorzugung der großen Städte Gemeinden wie Aldenhoven und ihre Steuern zahlenden Bürgerinnen und Bürger langsam ausbluten lässt.

Das Parteibuch darf in der aktuellen Situation der Gemeinde Aldenhoven keine Rolle spielen! Selbstverständlich kritisieren wir als CDU Aldenhoven den CDU-mitbestimmten Kreishaushalt, weil es sachgerecht ist. Selbstverständlich kritisieren wir als CDU Aldenhoven den CDU-Landrat, weil es sachgerecht ist. Selbstverständlich kritisieren wir als CDU Aldenhoven auch den CDU-Finanzminister im Bund, weil es sachgerecht ist.

Offenbar sind aber leider Teile der Aldenhovener Genossen nicht in der Lage ebenso die rot-grüne Landesregierung zu kritisieren, obwohl es sachgerecht wäre und dem Wohl der Gemeinde dienen würde. Dass nur eine gemeinsame laute Stimme gehört wird, haben diese Teile der Aldenhovener SPD nicht verstanden.



Das Schändliche an dieser verurteilungswürdigen Vorgehensweise ist, dass man sich nicht schämt, für dieses durchsichtige Manöver auch noch mittels einer Strafanzeige unseren Bürgermeister zu diskreditieren. Erhoben vom stellvertretenden SPD-Landrat R. Pöhler, um davon abzulenken, dass die Allgemeinheit einen möglichen finanziellen Schaden seines SPD-Parteifreundes und SPD Ratsherrn Poullig in Schleiden tragen soll. Eine Strafanzeige, völlig grund- und substanzlos erhoben von einem Nicht-Aldenhovener, der den Einsatz unseres Bürgermeisters für Aldenhoven nun mit Füßen tritt.

Es drängen sich verschiedene Fragen auf:

Wie missgünstig und vor allem wie abgebrüht muss man sein, die Parteiinteressen vor die Interessen der Gemeinde zu stellen?

Wie wenig Schamgefühl muss man besitzen, um sich nach Monaten der gemeinsamen Haushaltsgespräche und -planungen nun hinzustellen und von einem "handwerklich fehlerhaften Haushaltsentwurf" zu sprechen? Und das, nachdem man selbst an der Haushaltserstellung mitgearbeitet und nachdem man selbst den Kämmerer im Rat ausdrücklich für seine gute Arbeit gelobt hat? Nachdem man den Kämmerer gelobt hat, der der SPD-Fraktion bei ihrer Haushaltsklausur freiwillig außerhalb seiner Arbeitszeit Nachhilfeunterricht in Sachen „Haushalt und Kommunalfinanzierung“ geben musste.

Haben die beteiligten Ratsherren in dieser Zeit geschlafen? Haben sie den Haushaltsentwurf vorher nicht gelesen oder gar nicht verstanden? Warum bildet man erst jetzt eine Arbeitsgruppe im Ortsverein?

Wofür benötigt man plötzlich im Januar externe Hilfe? Jetzt, wenn es an der Zeit ist, sich gemeinsam für Aldenhoven einzusetzen? Und genau diese Gemeinsamkeit als Zeichen der Stärke zum Wohle für Aldenhoven war vorher von allen gemeinsam beschlossen und gewünscht worden.

Fehlt es etwa an eigener Kompetenz? Vielleicht sollte man wenigstens dem neutralen Bund für Steuerzahler vertrauen, der den Haushalt in Augenschein genommen und befunden hat, dass Aldenhoven sein Sparpotenzial bereits ausgeschöpft hat. Einen neutralen und sachlich kompetenteren Experten als den Bund der Steuerzahler wird man nicht finden.

Mit welchem Mandat meint man, z. B. alleine mit dem SPD-Innenminister Jäger verhandeln zu dürfen? Diesem Minister, der uns in Aldenhoven auch weiterhin Geld vorenthalten will und den Begriff "Verliererkommune" geprägt hat?



Liebe „Freunde“ von der SPD, Udo Wassenhoven, Hermann Gregorczyk und Raoul Pöhler: Sie werfen heute weg, was wir gemeinsam mit unserem Bürgermeister Ralf Claßen in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam für Aldenhoven im Gemeinderat aufgebaut haben. Über die Gründe dafür kann nur spekuliert werden. Möglichweise aus Neid, eigener Inkompetenz und Parteikumpanei? Sachlich geprägte Gründe sind es jedenfalls nicht.

Sie verraten damit unsere Gemeinde. Und sie verraten die, die im Fokus unserer Arbeit stehen sollten: unsere Aldenhovener Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Und sie blamieren die Mitglieder Ihrer Partei, die diese Vorgehensweise nicht mittragen.

Udo Wassenhoven, Hermann Gregorczyk - Sie sollten sich als Ratsherren schämen!

Von einem auswärtigen Raoul Pöhler haben wir nichts anderes erwartet ...

Georg Krapp
Fraktionsvorsitzender